

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
 Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
 Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
 Einzelnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Franz Vorrath,
 Berlin W. 30, Weibischstraße 49.

Inserate, die 3 gespaltene Petit-
 Zeile 30 Pfg.
 Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.
 Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 4.

Berlin, den 25. Februar 1900.

4. Jahrg.

Zur Lage der städtischen Arbeiter in Stuttgart.

Wie wir bereits in Nr. 22 des vorigen Jahrganges mittheilten, ist kürzlich von dem Statistischen Amt der Stadt Stuttgart ein Bericht erschienen, der die Altersverföhrung der dortigen städtischen Arbeiter behandelt. Derselbe geht auch auf die allgemeine Lage der Stuttgarter städtischen Arbeiter ein und zeichnet sich durch sein Verhältniß für eine vernünftige kommunale Sozialpolitik ganz besonders aus.

Uegen die Verhältnisse, welche der genannte Bericht behandelt, auch bereits einige Jahre zurück, so ist es dennoch von Interesse, auf dieselben näher einzugehen.

Im Jahre 1896 wurde auf Veranlassung des verstorbenen Oberbürgermeisters von Nümelin eine Kommission zur Regelung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter und der Beziehungen zwischen Arbeitsamt, Armenamt und den technischen Ämtern eingesetzt. Das Statistische Amt der Stadt Stuttgart erhielt zunächst den Auftrag, die Verhältnisse der städtischen Arbeiter durch eine möglichst eingehende Statistik klar zu legen. Diese statistischen Erhebungen wurden in der ersten Septemberwoche des Jahres 1896 vorgenommen und ergaben folgendes Resultat. Es waren damals 539 Lohnarbeiter im Dienste der Stadt Stuttgart thätig und zwar 404 bei dem Tiefbauamt, 19 beim Hochbauamt, 43 bei dem Bauamt der Wasserwerke, 80 bei der Latrinenspektktion und 13 bei der Forstverwaltung.

Es fanden im Alter von

15-20 Jahren	43 Arbeiter oder	7,97 pCt.
21-30	111	20,50
31-40	116	21,52
41-50	117	21,71
51-60	106	19,67
61-65	29	5,38
66-70	18	3,41
71 u. mehr Jahre	4	0,74

417 oder 77,37 pCt. Arbeiter waren verheiratet, 20 Wittwer, 3 leben getrennt und 99 waren ledig. Die Verheirateten hatten zusammen 748 Kinder und 69 sonstige Angehörigen außer den Frauen zu ernähren. Etwas über 1 pCt. der ganzen Einwohnerzahl Stuttgarts als also das Brot der Stadt. Der durchschnittliche Tagesverdienst belief sich in der Erhebungswoche auf 2,97 Mk. Die höchsten Löhne zahlte das Bauamt und zwar durchschnittlich 3,71 Mk. pro Tag. Bei der Latrinensverwaltung wurden 3,47, bei dem Hochbauamt und Kanalinspektion 3 Mk. durchschnittlich bezahlt. Die niedrigsten Tagelöhne zahlte das Straßenreinigungsammt mit 2,73 Mk. Täglich hatte jeder Angehöriger der städtischen Arbeiter 80,5 Pfg. zu verdienen. 111 Frauen von städtischen Arbeitern mußten erwerbsfähig sein und bezuhen ihr durchschnittlicher Wochenverdienst nicht ganz 5 Mk. — Der Bericht des Statistischen Amtes bemerkt hierzu: „Aber so sehr er (der Wochenverdienst der Frau) auch im Allgemeinen erwünscht sein mag, so liegt doch im einzelnen Falle die Befürchtung nahe, daß er durch die nicht wegzulassende Gefahr der ehewerblichen Lohnarbeit, zumal derjenigen außer dem Hause, durch Verwahrlosung des Hauswesens und der Kinder, gerade das Gegenbild von einem günstigen Einfluß auf den Haushalt des Tagelöhners ausübt. Die Statistik des Armenamtes über die Ursachen der Unterernährungsbedürftigkeit wird hierfür traurige Belege liefern. Und das Schlimmste dabei ist, daß gerade in einer kinderreichen Familie, wo der Zusuß durch die Arbeit der Ehefrau am nöthigsten wäre, jene Gefahren naturgemäß am größten sind.“

— Wird dem Berliner, Gallener Magistrat u. den „freistündigen“ Stadtvätern nicht ganz Angst und Bangen, wenn sie solche „revolutionären“ Ausführungen lesen, die dazu noch von einer städtischen Behörde kommen?!

Für Wohnungsmitthe betrug der durchschnittliche Jahresaufwand der städtischen Arbeiter 181 Mk. Hieran faßt der Bericht folgende Bemerkungen: „Wodann bleibt aber für die notwendigen Lebensbedürfnisse, insbesondere für Nahrung, Trinken, Kleidung, Heizung so wenig übrig, daß jedwede Einrichtung sozialpolitischen Charakters, welche über die Arbeiter eine wirkliche Wohltat sein soll, vernünftiger und weiserer Weise von vornherein darauf verzichten muß, die Arbeiter selbst auch nur zu den minimalen finanziellen Leistungen bei

den gegenwärtigen Lohnverhältnissen heranzuziehen. Gensö klar geht aus diesen Umständen aber auch hervor, daß solche Einrichtungen, insbesondere soweit sie darauf abzielen, einem im Dienst der Stadt ergrauten Arbeiter, dessen Leistungs- und Verdienstfähigkeit nachzulassen und zu Ende zu gehen beginnt, vor dem Mangel am Nothwendigsten ohne Minderung seines bürgerlichen Ansehens zu schützen, notwendig, human und dem Ansehen der Stadt entsprechend sind. Denn ein derartiger Arbeiter war thatsächlich nicht in der Lage, aus seinem Verdienst in längeren Jahren einen Nothpfennig für sich und die Seinen im Alter zu ersparen und zurückzulegen.“

Der Bericht geht dann auf die Arbeitsleistung der städtischen Arbeiter ein und kommt hierbei auf folgenden Uebelstand zu sprechen. Die Stadt beschäftige eine Reihe von minderwertigen Arbeitern, d. h. Leute, welche nicht mehr im Besitz ihrer vollen Arbeitskraft sind und die nur deshalb bei der Stadt beschäftigt werden, weil sie sonst der Armenpflege zur Last fallen würden. Diese Halbvaliden sind mit den vollwertigen Arbeitern zusammen thätig, welches ein Mißstand sei. Das Gros der vollwertigen Arbeiter sei mit diesem Zustand unzufrieden. Die thätigen Arbeiter werden dadurch begraubt. Der vollwertige Arbeiter empfinde es als eine Ungerechtigkeit, daß der ältere Genosse, der nur noch eine geringere Leistungsfähigkeit besitzt und vielleicht nur die Hälfte Arbeit leistet, soviel an Lohn erhalte, wie der voll arbeitsfähige. Es liege auf der Hand, daß das aus folgenden Vergleichen entpringende Gefühl der Unzufriedenheit auf die Arbeitslust der thätigeren Kräfte ungünstig einwirkt und schließlich dahin zielt, daß die Leistung des geschwächten Arbeiters allgemein als die normale, dem gebührenden Lohn entsprechende angesehen wird.

Der Bericht schlägt nun die Schaffung eines zweiten Arbeitskörpers vor. Derselbe soll auf folgende Art und Weise geschaffen werden. Die einzelnen Verwaltungen scheidet alle diejenigen Arbeiten aus, welche auch von Arbeitern mit vermindelter Leistungsfähigkeit gethan werden können und die zugleich so häufig und regelmäßig sind, daß sie ein fortlaufendes Personal erfordern. Diese Arbeiten sind von den minder leistungsfähigen Arbeitern auszuführen und bilden dieselben den sogenannten zweiten Arbeitskörper. Durch die Schaffung dieses zweiten Arbeitskörpers würden nach dem Bericht folgende Vorteile erreicht werden.

1. Der zweite Arbeitskörper würde die städtischen Kemter von dem bisherigen Zwang der Beschäftigung nicht voll leistungsfähiger Arbeiter im normalen Dienst entlasten.
2. Er würde es ermöglichen, daß einer großen Anzahl sonst würdiger Personen, die andernfalls der Armenpflege anheimfallen, ein geregelter und anhaltender Verdienst gesichert wird.
3. Die Vollarbeiter könnten Lohnaufbesserungen und die Altersversorgung erhalten.

Der Bericht geht dann auf die Altersversorgung der städtischen Arbeiter ein und erkennt an, daß die städtische Verwaltung die moralische Verpflichtung besitzt, für die arbeitsunfähigen Arbeiter zu sorgen. Diese Versorgung soll aber nicht auf dem Wege der Armenunterstützung geschehen, sondern durch eine Altersversorgung. Armenunterstützung könne jedes liebedliche Individuum nach zweijährigem Aufenthalt bekommen, ohne bei der Stadt überhaupt beschäftigt gewesen zu sein. Städtische Arbeiter, die lange Jahre bei der Stadt thätig waren, könne man nicht mit diesen Leuten auf dieselbe Stufe stellen, das wäre ein bandgreiflicher Unrecht. Dabei schlug die Kommission vor, den dauernd arbeitsunfähigen Arbeitern folgende Rente zu gewähren:

Nach 10 1/2 jähriger Dienstzeit	400 Mk. pro Jahr
15-20	450
20-25	500
25-30	550
30 u. mehr	600

Schließlich wurde die ganze Angelegenheit durch Beschlüsse der bürgerlichen Kollegien vom 24. November und 15. Dezember 1898 durch folgende Bestimmungen geregelt.

- § 1. Den auf Grund der Arbeitsordnung der Stadt Stuttgart vom 1. Juli 1898 ständig angestellten Arbeitern kann vom Gemeinderath eine jährliche Versorgung bewährt werden, falls sie ohne eigenes Verschulden infolge körperlichen oder geistigen Verfalls dauernd unfähig zur Verrichtung des ihnen aufgetragenen städtischen Dienstes geworden sind oder das fünfundsiebzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben.
- § 2. Weitere Voraussetzung der Gewährung der Versorgung ist eine bis zum Tage des Eintritts eines in

§ 1 erwähnten Falles ununterbrochen während 10 Jahren in städtischem Dienste geleistete ständige Arbeit.

Doch werden Krankheiten, Einberufungen zu militärischen Uebungen, städtischerseits erfolgte Betriebsunterbrechungen, soweit sie zwei Monate in einem Jahr nicht übersteigen, als Unterbrechungen nicht angesehen und angerechnet.

Die Nichtbeachtung längerer Unterbrechungen, sowie die Einrechnung unabhingiger Arbeitsleistungen bleibt in besonderen Fällen vorbehalten.

§ 3. Die Versorgung beträgt mit dem vollendeten 10 Dienstjahr (vgl. § 2) 280 Mk. und steigt mit jedem weiteren vollendeten Dienstjahr um 15

bis zum Höchstbetrage von 500

§ 4. An der nach § 1-3 in Anlaß kommenden Versorgung kommen sämtliche aus Mitteln des Reichs oder anderer staatlicher oder kommunaler Verbände, sowie die auf Grund der Reichsgeetze über Unfall, Invaliditäts- und Altersversicherung fließenden Bezüge in Abrechnung. Solcher Abzug ist ausgeschlossen, solange die Gesamtsumme der Bezüge die Summe von 360 Mk. nicht erreicht.

Diese Einrechnung findet auch dann statt, wenn der Empfänger auf die an ihn ergangene Aufforderung, Schritte wegen der bez. rechtsgeleitlichen Rente zu thun, solche unterläßt, obwohl der Anspruch voraussichtlich mit Erfolg erhoben werden könnte.

§ 5. Auf Grund vorstehender, für die Verwaltung bis auf Weiteres maßgebender Bestimmungen verwolligt der Gemeinderath in jederzeit widerruflicher Weise die dem einzelnen Arbeiter zunehmende Versorgung, wobei eine Prüfung der Bedürftigkeit ausgeschlossen ist. Die Entscheidungen des Gemeinderaths sind endgültig; eine Beschwerde oder ein sonstiges Rechtsmittel dagegen ist ausgeschlossen.

§ 6. Zur Aufbringung der erforderlichen Mittel wird unter der Bezeichnung „Versorgungskasse für städtische Lohnarbeiter“ eine besondere Kasse eingerichtet, die von der Stadtpflege I nach Maßgabe der Bestimmungen des Verwaltungsbudgets verwaltet wird.

Die Beiträge von den städtischen Arbeitern nicht erhoben werden, so werden zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Kasse jeweils die nöthigen Beträge, bis auf Weiteres jährlich 20 000 Mk., in den Etat eingestellt und die Ausgaben in erster Linie aus den Zinsen oder sonstigen Erträgen des Vermögens der Kasse bestritten. Das Vermögen bleibt im Eigenthum der Stadtgemeinde, die die Kasse ohne Mitwirkung Dritter, insbesondere der Arbeiter selbst, verwaltet.

Am 1. April 1899 ist dann noch der Beschluß gefaßt worden, daß die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht übersteigen darf. — Der Bericht bedauert es dann noch, daß nicht alle Vorschläge der Kommission, insbesondere nicht die Schaffung des 2. Arbeitskörpers, von den Kollegien akzeptirt worden sind, gibt aber der Hoffnung Ausdruck, daß das erfolgreiche begonnene Werk der Reorganisation des städtischen Lohnarbeiterdienstes fortgesetzt und ein Musterwerk sozialpolitischer Fürsorge geschaffen wird.

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

In Oesterreich ist vor ungefähr 6 Wochen ein Streik der Bergarbeiter ausgebrochen, der ganz gewaltige Ausdehnungen angenommen hat. Es befinden sich gegenwärtig 70 000 Mann im Auslande. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamte sind am 12. Februar abgebrochen worden, ohne daß Aussicht vorhanden wäre, daß es in nächster Zeit zu erneuten Verhandlungen kommt. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse wurden von den Arbeitern als unzureichend bezeichnet. Besonders gilt dies von der Zulage einer zwölfpromzentigen Lohnerhöhung. Die Arbeiter haben die Ergründung gemacht, daß solche Zulagen ohne die Festlegung eines Minimallohnes nur Schein zugeständnisse sind.

Weder ihnen auch vielleicht in den ersten Wochen nach solchen Versprechungen einige Pfennige mehr Lohn gezahlt, so hört dies doch bald auf, weil die Unternehmer es bei der Hand haben, den Lohn ganz nach Belieben zu berechnen. Deswegen fordern die Arbeiter die Festlegung eines festen Lohnes. Wie weit sie den Unternehmern dabei entgegen kommen, zeigt die Erklärung, welche sie di-fer Fortsetzung geben. Es heißt darüber:

„Die Forderung des Minimallohnes bedeutet nicht, daß für Arbeiter im Bedingte ein bestimmter, von der Leistung des Arbeiters unabhängiger Minimalverdienst

H. 8. 3.
 umlung
 Beitrag-
 umlung
 Uhr, bei
 Abend-
 9 Uhr,
 erlin!
 Uhr:
 lung
 27c.
 Zubett.
 an z.
 nicht
 die der
 margent-
 alen.
 (thes.)
 6.
 20 Pfg.
 93 und
 Form.:
 ng
 17. I.
 gelegten-
 General-
 farte.
 mann.
 nder.)
 Schlag
 ab.
 49.
 fer 11.

garantirt werden muß, sondern daß das Gebilde so bemessen werden muß, daß der Durchschnittsarbeiter einen bestimmten Verdienst pro Schicht zu erreichen im Stande ist.

Dieser Minimallohn beträgt für Pauer 4 Kronen, für Hundeshöfer 3 Kronen, für die Schlepper 1 Krone 80 Heller. Selbst unter dieser Begründung lehren die Greubenbesitzer die Lohnregulierung ebenso bestimmt als wie die Einführung der Achtstundenschicht.

Welche Nachtheile dieses überaus kapitalfrächtige Unternehmertum in der bürgerlichen Gesellschaft einnimmt, zeigt sich daran, daß die Herren auf den Wunsch und den Willen der Regierung einfach pfeifen. Nicht nur die Masse des österreichischen Volkes, sondern auch die Regierung steht auf Seiten der Streikenden, wenn letztere es auch nicht hindert, daß von den unteren Behörden Gewaltthaten gegen die Arbeiter ausgeübt werden.

Selbst die Drohung der Regierung, noch im Laufe des Jahres dem Parlament einen Gezeitentwurf vorzulegen, durch welchen die Achtstundenschicht gesetzlich festgelegt werden soll, schreckt diese Unternehmer nicht. Sie mögen damit rechnen, daß Versprechen von Regierungen, deren Vertreter in kürzester Zeit wechseln, in Oesterreich ebenso wenig Bedeutung haben, als in anderen Ländern, und sie mögen sich bewußt sein, daß sie es sind, welche das Staatsruhr lenken, oder wenigstens bestimmen, wie es gelenkt werden soll.

Die ungewöhnlichen Folgen, welche diese Haltung der Unternehmer für die Wohlfahrt des ganzen Volkes und für die Volkswirtschaft schon gehabt hat und in noch weit härterer Maße haben muß, kümmern diese Leute nicht, wenn es gilt, den Arbeitern zu zeigen, daß sie einfach Dem zu folgen haben, was die Unternehmer zu bestimmen für gut befinden.

Für die österreichische Arbeiterbewegung ist der Streit von eminenter Bedeutung. Bis vor kurzer Zeit waren alle Bemühungen vergeblich, die Bergarbeiter für die allgemeine Arbeiterbewegung und für die Organisation zu gewinnen, erst in den letzten zwei Jahren gelang es durch intensive Agitation, circa 5000 Bergleute gewerkschaftlich zu organisieren. Die Wirkung dieser Organisationsarbeit zeigt sich in dem Streik selbst. Bisher waren sämtliche Bergarbeiterstreiks jeder Organisation entbehrende Proteste gegen die rücksichtslose Ausbeutung.

Schon bald nach Beginn der Arbeitsinstellungen kam es zu Zusammenstößen mit den öffentlichen Gewalten und zu Blutvergießen. In diesem Streik sehen wir nicht nur einen Einheitswillen zu Tage treten, sondern die Streikenden bewahren eine Ruhe, die bewundernswürdig ist, obgleich es an Provokationen nicht mangelt. Wenn z. B. in Klatsch ein Bergarbeiterverbot verhängt und gefesselt in provokatorischer Weise durch die versammelten 11 000 Bergarbeiter geführt wurde, so geschah ein großes Maß von Selbstbeherrschung der Arbeiter dazu, daß es nicht zu Ausschreitungen kommt.

Diese Ruhe und Selbstbeherrschung der Streikenden einerseits, andererseits über alles Maß erhabene Gemüthsstärke und Ausdauer des Streiks erwarten. An Unterstellungen sind bisher nur pro Woche zwei Laib Brot und 40 Kreuzer pro Streikenden gewährt worden. Trotzdem sind bei der Masse der Streikenden enorme Summen erforderlich. Die österreichische Arbeiterkraft zeigt sich im höchsten Grade operativ, doch wird sie nicht im Stande sein, das absolut Nöthigste herbeizuschaffen.

Deswegen wird auch hier das oft bemielene Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter sich zeigen und bewähren müssen. Zwar beginnt auch in Deutschland im mitteldeutschen Kohlenbezirk die Bewegung einzuleben und haben die Arbeitsinstellungen im Zwickauer Revier bereits begonnen, so daß auch hier Hilfe notwendig werden wird. Trotzdem dürfte aber angebracht sein, kurz geschichteten Verhältnissen in Oesterreich die deutsche Arbeiterschaft nicht zaudern, auch dort finanziell helfend einzutreten.

Der Kassirer der Generalkommission ist beauftragt, Unterstützungsgelder zur Liebermittlung nach Oesterreich in Empfang zu nehmen.
Adresse: A. Hölzl, Bismarckstraße 10, 2. Stg., Hamburg-Großbühl.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Siebig, Berlin S., Urbanstraße 31.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Poersch, Berlin W. 30, Gleditschstraße 49.** Sprechstunden von 9 bis 1 Uhr. Verbandskassirer: **P. Postekart, Berlin N. 58, Erdmannstr. 18.** Alle Korrespondenzen, Anfragen u. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen sind nur an den Verbandskassirer zu richten.

Vorsitzender des Ausschusses: **G. Volkmann, Berlin N., Rykestr. 22.**

Schauinschauung.

In einigen Filialen scheint eine fast unbefruchtete liebliche Weiblichkeit zu herrschen. Obgleich, wie wir wissen, sie bereits die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung vorgenommen haben, ist uns doch kein Bescheid über das Wahlergebnis bisher zugegangen. Andere Filialen wieder glauben ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie uns mitteilen, daß der Kollege X mit Majorität gewählt wurde. In der Hauptversammlung, die am 27. Januar in der Filiale von Berlin 2, 2. Januar haben wir ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei den Delegiertenwahlen genau die für die einzelnen Kandidaten abgegebene Stimmenzahl festzustellen und uns mitzuteilen ist. Nicht die Filialen-Vorstände konstatieren, wer zum Delegierten gewählt wurde, sondern der Verbands-Vorstand resp. die General-Versammlung hat dieses zu thun. Daher ist es

notwendig, daß uns die Stimmenzahl genau mitgeteilt wird. — Es muß sehr bedauert werden, daß einige Filialen-Vorstände nicht die geringsten Sachen richtig erledigen können.

Vorausichtlich werden alle Wahlen, bei denen nicht die vom Verbands-Vorstand erlassenen Vorschriften beachtet sind, für ungültig erklärt werden.

Die Filialen Berlin I, Berlin Ia, Berlin V, Berlin VII, Bremen und Halle haben noch keine Abrechnung für das IV Quartal 1899 eingeleistet. Wir fordern diese Filialen hierdurch auf, umgehend die fälligen Abrechnungen einzusenden. —

Alle Anträge, welche auf der General-Versammlung des Verbandes zur Verhandlung kommen sollen, sind bis spätestens zum 15. März bei dem Verbands-Vorstande einzureichen.

Der Vorstand.

Z. A.: Dr. Poersch.

Folgende Gelder liefen bei dem Unterzeichneten ein: Mannheim IV 3.— M., Leipzig II 16,88 M., Berlin I 55,05 M., Berlin VII 174,75 M., Bremen 197,03 M., Halle a. S. 40,50 M., Berlin VI 286,70 M., Stuttgart 10,90 M. Die in Nr. 2 quittirten 62,30 M. sind nicht von Berlin Ia, sondern von Berlin X eingelaufen.

P. Postekart.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Arbeiter des Röhrensystems der Gaswerke waren hier am 3. Februar versammelt und verhandelten über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es wurde beschlossen, folgende Forderungen an die Direktion zu richten: Erhöhung des Tagelohns von 3 50 M. auf 4 M. für die Arbeiter, Begahlung der Ausfuhrzeit und Beschaffung von Baubuden, welche den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen.

Berlin. (Filiale IV) Versammlungsbereich. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl eines Delegierten zur General-Versammlung. 2. Verschiedenes. Die Wahl eines Delegierten erfolgte durch Zettel und wurde Kollege Kranke mit 13 von 23 abgegebenen Stimmen gewählt. Zu Verschiedenes hatte der Vorstand folgende Paragraphen ausgearbeitet und der Versammlung empfohlen:

1. Jedem erkrankten Mitgliede kann nur innerhalb 52 Wochen, bis zu einer Dauer von 18 Wochen, Kranken-Unterstützung gewährt werden.
2. Mitglieder, welche länger als 4 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, erhalten keine Unterbringung.

Diese beiden Paragraphen wurden nach einer länger-n Debatte einstimmig angenommen. Eine Anfrage an den Vorstand, wie es mit der Petition vom 10. November v. J. sieht, konnte derselbe nicht beantworten, da ihm noch keine Antwort von Seiten des Magistrats zugeestellt worden ist.

Bremen. Am 4. Februar fand hier eine Mitglieder-Versammlung statt. In derselben wurde zunächst der Filialen-Vorstand neu gewählt. Dann wurden 2 Kollegen als Delegierte zur General-Versammlung des Verbandes gewählt. Nachdem man noch einige Anträge zur General-Versammlung gestellt hatte, wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

Charlottenburg. Am 13. Februar tagte in der Gambirius-Bräuerei die Mitglieder-Versammlung der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-angestellten, Verwaltungsbetriebe Charlottenburg. Die am besuchte Versammlung wurde um 8 1/2 Uhr vom Vorsitzenden Koppig eröffnet. Da leider nur immer eine Schicht erscheinen kann, so ist es notwendig, daß bei der Delegiertenwahl zur Generalversammlung zwischen der Tag- und Nachtschicht ein bestimmtes Einvernehmen obwalte, und wird aus diesem Grunde vom Vorsitzenden der Antrag gestellt, noch in diesem Monat eine General-Versammlung einzuberufen. Der Antrag wird vom Kollegen Danim beantwortet und auch von der Versammlung angenommen. Es fällt demzufolge auch die Diskussion aus. Unter Verschiedenes wird über die letzte Stadtvorordneten-Versammlung, in welcher der Antrag Revision der Löhne der Gemeinbedarbeiter beraten worden ist, lebhaft diskutiert. In erster Linie wird den Arbeiter-Vertretern im Stadt-Parlament für die zurechtfindenden Anträge und für die Wahrung der Interessen der Gemeinbedarbeiter lobende Anerkennung gezollt. Sodann wurden die Ausführungen des Herrn Verbandsleiters dementirt, als herrsche ein vorzüglicher Gesundheitszustand unter den Arbeitern der städtischen Gaswerke. Es haben sich laut Anschlag an einem Tage auf Gasanstalt II 4 Arbeiter krank gemeldet und auch am Gaswerk I ist in letzter Zeit eine größere Zahl Erkrankter vorhanden, die im Vergleich zu anderen Krankenkassen in ungewöhnlichem Verhältnis steht. Die Äußerungen des Stadtvorordneten Hofstad, die Gasarbeiter, speziell die Feuerleute, hätten ein gesundes Aussehen, wurden von den Versammelten mit ironischen Bemerkungen wie Schwindelei, Abzehrung u. dgl.

Sodann wird über den Vorschlag Mische auf Gaswerk II lebhaftere Debatte geführt. Derselbe wurde vor einigen Tagen durch einen Feuermann von dem zuständigen Gasmeister beauftragt, für einen plötzlich erkrankten Feuermann einen Erbgasmann zu stellen, wie es auf den Gaswerken üblich ist. Bei dieser Gelegenheit hat sich dieser Herr die empörenden Bemerkungen erlaubt, „der eine der Feuerleute wäre, weil es gerade Montag, betrunnen, der andere wäre faulstank und der dritte hätte keine Lust zur Arbeit.“ Derselbe hat sich der betrunnenen Feuermann trank mitteilen müssen und ist es von dem betrunnenen Vorschlag unerschrocken, sich über nachweislich zu

verlässige Leute derartige entehrende Äußerungen zu bedienen. Der Herr Mische scheint seine Arbeitshaltung von früher schon vergessen zu haben und glaubt sich in seinem Hoheitsbündel unerschütterlich.

Eine Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter hat der hiesige Magistrat im Anschluß an die jüngste Neuordnung der Beamten- und Lehrerbefolgungen vorgenommen. Er hat in einer Sitzung eine Steigerung der Arbeiter-Lohnsätze um 5 pCt. beschloffen.

Bei den Herren Beamten beträgt der Zulage-Etat zwischen 200 und 1200 M. pro Jahr, für den Arbeiter genügen ganze 5 pCt.

Dresden. Am 28. Januar fand hier im Trianon eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Genosse Friede sprach über „Der gegenwärtige Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Lage“. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Eine Debatte fand nicht statt. Hierauf erhaltete Kollege Pischke Bericht über die bisherigen Verhandlungen mit dem Tiefbauamt zwecks Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit und Regelung des Lohnes. Derselbe führte ungefähr folgendes aus:

Die ersten Verhandlungen fanden bereits im Jahre 1896 gelegentlich einer Arbeitsniederlegung der Tiefbauarbeiter statt. Einen direkten Erfolg hatten dieselben nicht aufzuweisen. Im Jahre 1899 wurde abermals eine Petition an den Rath und das Stadtvorordneten-Kollegium gerichtet, die von 1346 städtischen Arbeitern unterzeichnet war. Derselbe forderte einen Mindestlohn von 35 Pf. und 10 stündige Arbeitszeit. Auch diese Petition fand keine Berücksichtigung, da die Vöhr der städtischen Arbeiter bereits höher sein sollten, als in Privatbetrieben und die 10 stündige Arbeitszeit, soweit es möglich wäre, schon eingeführt sei. Man nahm wahrnehmlich auf die Forderungen der Steinseger, Granitarbeiter usw. Bezug, ließ aber das große Heer der ungelerten Arbeiter gänzlich aus dem Auge.

1899 wurde der Verzichtstatter noch einmal beauftragt, das Gesuch zu wiederholen. Dieses geschah auch; die einzelnen Forderungen wurden eingehend begründet und besonders darauf drinmeltet, daß es sich um die Handarbeiter und nicht um die Steinseger, Granitarbeiter u. dgl. handle.

Der Verzichtstatter hatte darauf eine Unterredung mit Herrn Baurath Rietze und erklärte dieser ungefähr folgendes: „Der Rath erkenne unsere Wünsche und Forderungen an und es sei auch sein Wille, denselben entgegen zu kommen. Er könne sich aber keine Vorschriften von den Arbeitern machen lassen. Die begründeten Wünsche werden nach und nach berücksichtigt werden, sind die Arbeiter hiermit nicht zufrieden, so könne an der Sache nichts geändert werden.“

Die Arbeiter haben von dieser Unterredung Kenntnis erhalten und konnten vorläufig weitere Schritte nicht gethan werden.

Unterdessen sind die Kanalisations-Arbeiter um eine Lohnserhöhung vortheilhaft geworden. Mit dem 1. Januar dieses Jahres ist denn auch eine Ausregelung der Löhne ins Leben getreten; auch die Straßenreiner haben eine Lohnserhöhung erhalten. Daraufhin beauftragte die Tiefbauarbeiter ihren Vertrauensmann, bei Herrn Baurath Rietze anzusprechen, ob auch die Tiefbauarbeiter im kommenden Frühjahr eine Lohnzulage zu erwarten haben. Hierauf hatte der Verzichtstatter mit Herrn Baurath Rietze eine abermalige Unterredung und erklärte derselbe folgendes:

„Die Stellung des Rathes habe sich seit dem vorigen Jahr nicht geändert. Derselbe lasse sich nicht von seinem Standpunkte abbringen. Der Rath werde für das Wohl seiner Arbeiter besorgt sein, aber den vorläufigen Tagelohn könne er aber mit Rücksicht auf die Privatunternehmer nicht hinausgeben.“

Der Verzichtstatter setzte hierauf Herrn Baurath Rietze ausfindig, daß bei den gegenwärtigen Löhnen in der Großstadt nicht zu existieren ließe und daß die lange Arbeitszeit alle Familienbände zerreiße und die Leistungsfähigkeit des Arbeiters herabsetze. Hierauf meinte der Herr Baurath, daß die Arbeitszeit nicht herabgesetzt werden könne, denn ein großer Teil der Arbeiter will eine Verkürzung der Arbeitszeit garnicht. Der Beweis ist erbracht worden durch die Straßenreiner, welche um Aufrechterhaltung der Lieberstunden petitionirt haben. Es ist auch nicht zu glauben, daß die Leistungsfähigkeit durch Arbeitszeit-Verkürzung erhöht werde. Wenn die Arbeiter den Beweis bringen, daß sie in 10 Stunden so viel arbeiten können, wie in 11 Stunden, so will auch der Rath die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabsetzen, mit entsprechender Lohnserhöhung.

Wir sind also in den 4 Jahren betreffs unserer Wünsche nicht sehr vorwärts gekommen, müssen aber trotz alledem weiter arbeiten. Herr Baurath Rietze hat es bisher für notwendig gehalten, unsere Wünsche immer zu beantworten und uns Gelegenheit gegeben, Mißverständnisse aufzuklären. Er hat auch versprochen, sich ferner anzuhören, wir werden davon Gebrauch machen und hoffen, daß es uns gelingen wird, zur Erfüllung unserer Forderungen zu gelangen. Freilich, dazu ist es notwendig, daß die Kollegen der 10 stündigen täglichen Arbeitszeit mehr Aufmerksamkeit schenken.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß auch die Arbeiter der Gasanstalten im verfloffenen Jahre mehrere Wünsche an die Betriebsleitung gerichtet haben. Derselben sind aber nicht beantwortet worden. Es muß hier einmal von den Betheiligten mit Nachdruck angefragt werden, woran es liegt, daß die Gasarbeiter nicht einmal einen Antwort genurndigt werden.

Leipzig. Die können es nicht unterlassen, hier noch nachdrücklich auf einige interessante Dinge hinzuweisen, die sich in der Versammlung vom 27. Januar abspielten. Bekanntlich wurden in dieser Versammlung, wie schon in der vorigen Nummer mitgeteilt ist, Forderungen in Betreff des Lohnes u. angestellt. Nun war es hierbei besonders interessant, zu beobachten, wie die Kollegen,

die unserer Organisation bisher jenseits, zu der Ver-
sammlung aber erschienen waren, sich mit unseren For-
derungen nicht einverstanden erklärten, da dieselben zu
„gering“, nicht „weitgehend genug“ wären. — Diese Kol-
legen können in den Versammlungen leicht weitgehende
Forderungen stellen; sind sie es doch, die in den Augen
ihrer Vorgesetzten sich als die „Züritenden“ ausprägen.
Es zeigen diese Dinge aber auch andererseits, von welcher
kulturellen Bedeutung und erzieherischer Wirkung die ge-
werkschaftliche Organisation ist. Sie ist es, die nur be-
stehende Wünsche äußert und gegen die unbedenklichen
Forderungen indifferenten Elemente Front macht.

Magdeburg. Am 4. Februar tagte in Winters
Lokal eine Extra-Mitglieder-Versammlung der Zentrale
der in Gemeindefabriken beschäftigten Personen. Trotz
reichhaltiger Tages-Ordnung war dieselbe schlecht be-
sucht. Zunächst wurden sämtliche Kommissionen bezüglich
der General-Versammlung angenommen. Sodann wurden
die Kollegen Duldardt und Burkhardt als Delegierte zum
Verbandsrat gewählt. Als Vorstand der neuorganisierten
Zentrale wurden die Kollegen Nieke als Vorsitzender, Fuhs
als Kassierer und Uchtenberg als Schriftführer gewählt.
Im Besonderen wurde die Lebensversicherungs- und
das Arbeitslosenwesen der Arbeiter nach jeder Hand aus-
schärfte gerügt. Zum Schluss brachte der Vorsitzende
einen an ihn gerichteten Brief zur Verlesung, welcher
Schmähdungen und Denunziationen enthielt und von selbst
kenntlich war, weswegen die Mitglieder der Versammlung
die Zentrale in die nächsten Tagen zu beauftragen.

Die Zentrale 2 der in städtischen Betrieben tätigen
Arbeiter hielt ihre Mitglieder-Versammlung bei Großraum
mit folgender Tages-Ordnung ab: 1. Aufnahme neuer
Mitglieder und Einrichtung von Beiträgen. 2. Stellung-
nahme zur General-Versammlung. 3. Vereinsangelegen-
heiten. 4. Berichtswesen. Es wurde ein Mitglied auf-
genommen und dann erklärte der Vorsitzende die Dele-
gationenwahl. Beim dritten Punkt behandelte Kollege Dic-
mann, sein Amt niederlegen zu müssen, infolge Arbeits-
wechsels. An dessen Stelle wurde Kollege Brunn ge-
wählt. Für den zweiten Bezirk der Straßenreinigung
wurden die Kollegen Witsola und Diez als Hilfskassierer
bestimmt und dem Kassierer ein Mandat von 3 Mark
bewilligt. In die Lohnkommission wurden die Kollegen
Krone und Holz gewählt. Beim 4. Punkt tabete man
die Forderung der Mitglieder und bereits das Borgehen der
Lohnkommission. Die Anschauung des Stadtrats
Waltzer, ein Lohn von 8,50 Mark genüge für den Ar-
beiter, wurde dabei lebhaft bestritten.

Mainz. Am 11. Februar tagte in der Restauration
Rotermond, Pfaffenstraße, eine geschlossene Mitglieder-
versammlung des Verbandes der in Gemeindefabriken
beschäftigten Arbeiter. Die Versammlung wurde Nach-
mittags 3 1/2 Uhr eröffnet, mit der Tages-Ordnung:

1. Umgestaltung unserer Krankenzusuchtskasse auf ge-
neraler Grundlage. 2. Wahl der Delegierten zur General-
versammlung in Berlin.

Nach eingehendem Referat des Kollegen Schäfer
sowie einer regen Diskussion aus der Versammlung
wurde es für notwendig befunden, daß innerhalb des
Verbandes eine Krankenzusuchtskasse auf generaler Grund-
lage zu gründen sei. Ein Teil der Mitglieder ist schon
geneigt, bei 2 Klassen verfährt und wollen diese nicht
die Ertragslosen entrichten. Der weitaus größte Teil
unserer Mitglieder ist aber nur einfach versichert.

Um beiden Richtungen Rechnung zu tragen, um
weitere Subventionen zu verfahren, wurde beschlossen:

Die auf Ostern nach Berlin berufene Generalver-
sammlung möge beschließen, eine Krankenzusuchtskasse mit
2 Klassen, je 10 und 20 Pf. Beitrag, und wenn möglich
mit einer Rente von 4 und 7,50 Mk. auf generaler und
faktualer Grundlage zu errichten. Hierzu lag ein
Statut vor, das als mangelhaft betrachtet wurde, jedoch
wurde beschlossen, dieses Statut der Gesamtkollektive
zu unterbreiten, um eine Diskussion zu veranlassen.

Der zweite Punkt der Tages-Ordnung, Wahl der
Delegierten zur Generalversammlung, hat folgende Er-
gebnisse. In der Mitglieder-Versammlung vom 7. Januar
wurde der Vorsitzende Schäfer beauftragt, auf Grundlage
des Vorschlags des Zentralvorstandes betreffs Vereinar-
barung wegen Aufstellung der Kandidatenliste, weil
Mannheim I und II zu unserem Wahlkreis gehört, fol-
genden Vorschlag zu machen: Da die Zentrale III u. IV
in Mannheim jede einen Delegierten zu wählen hat,
wünschten die Mainzer Kollegen, es mochten die Zentrale
I und II in Mannheim mit einem Delegierten vorlieb
nehmen, so hätte Mannheim drei Delegierten und Mainz
zwei. Die Zentrale I Mannheim gab eine zün-
nende Antwort und wurde demnach verfahren. Es
wurden gewählt die Kollegen Jakob Schäfer und Martin
Wiger.

Mannheim II. In der Mitglieder-Versammlung vom
5. Januar wurden folgende Kollegen zum Vorstande
gewählt:

1. Vorsitzender Kollege Gustav Albelm, Wellenstr. 17;
2. Vorsitzender Kollege Adam Hasbach, Lindenbühlstr. 35;
1. Kassierer Kollege Georg Boelz, 12 Luerichstr. 18;
2. Kassierer Kollege Alfred Gensch, Heimbauerstr. 18;
1. Schriftführer Kollege Georg Leonz Schäfer, Hebrau,
Wingerstr. 22a. Als Neuzugewählte wurden die Kollegen
Franz Walter und Job Zenger gewählt. Zu Neuzugewählten
wurden ernannt die Kollegen A. Einold und Franz
Steinlein.

Zur Agitationskommission wurden gewählt: Kollege
Gustav Albelm; Kollege Wilhelm Haas 1. Vorsitzender;
Kollege Schwinger Kassierer; Kollege David Mejer Schrift-
führer.

Mitglieder-Versammlung vom 13. Januar, Abends
6 1/2 Uhr, im Lokal Ulmer. Dieselbe wurde vom Kollegen
Grübel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Arbeiter-
ausschusses einberufen. Als provisorischer Vorsitzender
wurde Kollege Grübel gewählt, als Schriftführer August
L. Schäfer.

Nachdem die Versammlung eröffnet, theilte der Vor-
sitzende der Versammlung mit, daß er sich veranlaßt ge-
fühl habe, die heutige Versammlung aus folgendem
Grunde einzuberufen: Die sämtlichen Handwerker,
darunter auch er, seien nach dem Laboratorium gerufen
worden, behufs Unterscheidung und Empfanahme der
neuen Arbeitsordnung. Auf einen Einwand Grübels
habe jedoch der erste Gastmeister Abstand genommen und
sobald eine Frist bis am folgenden Montag gewährt
er sei der Meinung, daß man doch nichts unterschreiben
könne, bevor man es gelesen habe.

Hierauf wurde festgesetzt, daß in der Arbeitsordnung
weder unsere Wünsche, noch das Gutachten unserer
Arbeiterausschüsse, außer der Abänderung des Dienst-
planes für Feuerarbeiter Bewilligung der ständigen
drei Touren, Sommer wie Winter) zugebilligt war.

Nach äußerst erregter Diskussion wurde beschlossen:
die Arbeitsordnung in dieser Fassung zu verweigern und
eine abnormale Versammlung einzuberufen, mit dem
1. Punkt als Tages-Ordnung: Die neue Arbeitsordnung
und Stellungnahme gegen dieselbe.

Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, der Direk-
tion unseren Beschluß mitzutheilen und um eine weitere
Frist nachzusuchen.

Bericht über die am 20. Januar abgehaltene
Mitglieder-Versammlung im Lokal Ulmer, Abends 6 1/2 Uhr.
Dieselbe hatte außer Geschäftliches folgende Punkte als
Tages-Ordnung: 1. Die neue Arbeitsordnung und
Stellungnahme zu derselben. 2. Wahlvorschlag der
Mainzer Kollegen.

Nach Eröffnung der Versammlung erstattete der Vor-
sitzende des Arbeiterausschusses, Kollege Grübel, Bericht.
Derselbe theilte mit, daß er bereits am Montag Morgen,
zwei Tage nach der verlustigen Aufhängung der neuen
Arbeitsordnung, von Seiten der Betriebsleitung, Herrn
1. Gastmeister Schlegel sowie der Direktion gefragt worden
sei, ob die Arbeiter gewillt seien, die Entgegennahme der
neuen Arbeitsordnung selbst Volnregulatio durch Unter-
schrift zu beglaubigen, worauf Kollege Grübel, dem Auf-
trage gemäß der Versammlung, geantwortet habe, daß die
Arbeiter nicht gewillt seien, eine Arbeitsordnung in solcher
Fassung anzuerkennen.

Ebenfalls theilte Grübel mit, daß zwecks Einberufung
einer öffentlichen Versammlung, zu welcher der Arbeiter-
sekretär Genosse Regenstein nebst allen Fraktionsgenossen
einladen werden sollen, eine gemeinsame Arbeiteraus-
schußung stattgefunden habe, welche den Beschluß gefaßt
habe, obige öffentliche Versammlung auf Sonntag, den
28. Januar, im Karzin, P. 13, 1/2, einzuberufen, mit
der Tages-Ordnung: Die neue Arbeitsordnung und Be-
antwortung der Paragraphen, welche in Frage kommen.
Ebenso soll über die Lage der städtischen Arbeiter sowie
Mißstände in städtischen Betrieben verhandelt werden.

Nachdem eine Kritik über die neue Arbeitsordnung
von mehreren Kollegen in sehr scharfer Weise erfolgt und
alle Paragraphen verlesen und besprochen waren, las
die Versammlung nach scharfen Worten unseres 1. Vor-
sitzenden eine Resolution, welche besagt, daß sie die Arbeits-
ordnung nicht annehmen könne.

Betreffs des Wahlvorschlags der Mainzer Kollegen
wurde, nachdem der Brief von Letzteren verlesen war,
nach langer Debatte folgender Beschluß gefaßt:

Die heutige Versammlung beschließt einstimmig,
auf Entsendung eines mit Mainz zu theilenden Dele-
gation zu verzichten, und begnügt sich mit Entsendung
nur eines Delegierten zur General-Versammlung, da
sonst Mainz nur einen Delegierten, dagegen Mann-
heim doch noch durch mehrere Kollegen anderer
Zentralen vertreten sei.

Dieser Beschluß wurde auf Antrag des Kollegen
Schäfer gefaßt.

Mannheim II. General-Versammlung vom 26. Jan-
uar 1900. Vorsitzender Hebel eröffnete die Versammlung
um 7 1/2 Uhr. Der 1. Punkt der Tages-Ordnung, Auf-
nahme neuer Mitglieder und Beitragshebung, war
bereits schon vor Eröffnung der Versammlung erledigt
und konnte man somit zum 2. Punkt der Tages-Ordnung,
Rassenbericht, übergehen. Kassierer Herr wurde von dem
Vorsitzenden aufgefordert, denselben zu erstatten. Man
konnte dabei wieder die Sparsamkeit unseres Kassierers
nicht genug loben und wurde, nachdem noch einige Mit-
glieder den Bericht revidierten, von dem Vorsitzenden
Decharge ertheilt.

Der Vorsitzende Hebel verlies hierauf das Protokoll
der letzten, am 14. Januar 1899 stattgefundenen General-
versammlung und forderte gleichgültig die Mitglieder auf,
bei der Vorstandswahl von seiner Person als 1. Vorsitzen-
der Abstand zu nehmen; jedoch wäre er geneigt, den
Posten als 2. Vorsitzender, wenn er gewählt würde, an-
zunehmen.

Nun kam man zum 3. Punkt der Tages-Ordnung,
Vorstandswahl, welche folgendes Resultat ergab: 1. Vor-
sitzender Jakob Rühlmann, K. 2, 2; 2. Vorsitzender
Friedrich Hebel, III. Luerich A. Nr. 12; Kassierer Jo-
hannes Herr, T. 1, 11; 1. Schriftführer Peter Hützel,
K. 3, 6; 2. Schriftführer Joseph Bauer, 13 Luerich A. 67.
Neuzugewählte: Joseph Ziegler und Hermann Schmalz,
Agitationsmitglieder: Andreas Simon und Hermann
Arnold; Hilfskassierer Heinrich Köhler. Als Deputierte
zum Generalkongress Karl Stark und Anton Walter.

Unter Punkt 4. Berichtswesen, erbot sich Kollege Vin-
die „Generalkongress“ alle 14 Tage gegen ein kleines Ent-
gelt einem jeden Mitgliede zuzustellen. Hierzu theilte der
Vorsitzende dem Antrag, daß die nächste Vorstandswahl
dadurch beschleunigt solle und wurde diesem auch zu-
gestimmt. Schluß der Versammlung 10 1/2 Uhr.

Hundsjahn.

Die Friedensmission der Gewerkschaften. Die
„Hilf“ schreibt: „Lina die Zeitungen ganz ungenügend
die Nachrichten, daß Sekretär C. Hu- im Auftrag des
„alten“ Verbandes die Braunkohlencröte Mitteldeutsch-

lands bereist, überall in den Versammlungen die auf-
geregten Gemüther beschwichtigt und die Streiklistigen
jundicht auf den Weg der friedlichen Verhandlung hin-
weist. Er hat Konferenzen mit Bergbauverwaltern und
Grubenverwaltungen und sucht dabei die angestrebte
Erregung in ein friedliches Bett zu leiten. Das ist der
kapitalistischen Presse anscheinend eine ganz neue Erfindung,
bätte sie früher doch nicht die Arbeiterbewegung als
„sozialdemokratische Pöbel- und Streikvereine“ verurteilt.
Wir aber wissen, daß gerade die Leiter des deutschen
Berg- und Hüttenarbeiterverbandes das Verdienst in An-
spruch nehmen können, schon wiederholt in den letzten
Jahren vor überleitend und thörichtem Streiks gematzt
zu haben. Das gute Beispiel, daß die Buchdruckerorgani-
sation für den Segen und die friedliche Wirksamkeit
starker Berufsvereine täglich vor Augen führt, ist eben
nicht ohne heilsame Folgen geblieben. Wer einigermaßen
im Gewerkschaftswesen Bescheid weiß, wird sich einer ganzen
Reihe von Einzelfällen erinnern, wo gerade die Berufs-
vereine und ihre Beamten thörichte Streiks verhindert.
So erklärt auch der Vorstand des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes eben wieder eine Befanntmachung,
worin er einräumt, daß Anglistreiks beim Verban-
de drei Monate vor Beginn und nothwendig geordnete Ab-
wehrtreiks scheinungsbildend ebendort anzumelden sind, und
in beiden Fällen unter keinen Umständen die Arbeit nieder-
zulegen oder zu kündigen ist, bevor der Vorstand die Sach-
lage begutachtet, bezw. zur Arbeitsniederlegung seine Zu-
stimmung erteilt hat.“

Solchen Tatsachen gegenüber ist es eine frivole
Irrführung der öffentlichen Meinung, wenn noch immer
die Gewerkschaften als Streikvereine bezeichnet werden,
und diejenigen ermahnen sich ein Verdienst, die dratigen
Berechnungen entgegenzutreten. Hierin rechnen wir auch
die Rede des Bonner Professors Diegel, der neulich bei
der akademischen Kaiser-Geburtsfeier in Bonn die
Friedensmission der Arbeiterbewegung betonte und
sagte u. A. ausführt: „Je treuer die Strafe für die Ge-
werksvereine, desto rascher kommen wir auf friedliche Wege!
Je mehr man sie erschwert ebendort anzumelden sind, und
in beiden Fällen unter keinen Umständen die Arbeit nieder-
zulegen oder zu kündigen ist, bevor der Vorstand die Sach-
lage begutachtet, bezw. zur Arbeitsniederlegung seine Zu-
stimmung erteilt hat.“

Auch der bayerische Fabrik- und Gewerbeinspektor
Vollath in München betont in seinem Wortwort zu den
eben erschienenen Jahresberichten der bayerischen Fabrik-
inspektoren, daß die Arbeitervereine ihren Organisationen
(gewerkschaftlichen, katolischen u. a.) im vorliegenden Jahre
wieder viel zu danken habe. „Die Arbeiterorganisationen
sind es auch, welche an der fortschreitenden Entlohnung
der geistig-tätigen Arbeiterklasse besonders
eifrig mitarbeiten.“ — Wie lange wird es nun noch
dauern, bis die theoretische Einsicht vom Segen der
Arbeiterbewegung sich in der öffentlichen Beurteilung
und praktischen Behandlung dieser Organisationen bemerk-
bar macht.

**Arbeiterpolitik des Charlottenburger Ge-
meindevertrages.** Am 8. Februar erklärte der Char-
lottenburger Oberbürgermeister auf einen Antrag, in ge-
meinsamer Deputation über eine Revision der Löhne der
städtischen Arbeiter zu beraten, daß im unmittelbaren
Anschluß an die Revision des Normallohs der städtischen
Beamten der Magistrat in Erwägung über die Aufhebung
der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter eingetreten
sei. Die hierzu einzusetzende Kommission habe ihre Arbeiten
vollendet, so daß der Vorläuf der Staatsauschuß werden
unterbreitet werden können. Nach dieser Erklärung wurde
der Antrag zurückgezogen, von anderer Seite aber mit
der Ergänzung wieder aufgenommen, auch die Arbeit-
bedingungen der städtischen Arbeiter mitzuprüfen,
besonderen die Arbeitsordnung, eine Unterliehenen-
Beförderung der Arbeiter ins Auge zu fassen und die
gemeinsame Deputation zu einem ständigen sozialen Aus-
schuß zu erheben. Die Arbeitzeit, besonders der Gas-
arbeiter, müsse herabgesetzt, die freien Sonntage vermehrt
werden. Zu namentlicher Abstimmung wurde aber mit
45 gegen 10 Stimmen beschlossen, in Rücksicht darauf,
daß der Magistrat ein Revision der Löhne der im
städtischen Dienste beschäftigten Lohnarbeiter versprochen
habe und in der Erwartung, daß im Etat für das Jahr
1900 eine Festsetzung der Löhne erfolgen werde, über die
Anträge zur Tages-Ordnung überzugehen.

(Soziale Proxi.)

Internationale Streikstatistik. Die Zahl der
Streiks ist im Dezember gegen den Vormonat weiter
zurückgegangen. Nach der Zusammenstellung der Berliner
Halbmonatsschrift „Der Arbeitermarkt“ fiel sie in Deutsch-
land, Belgien und England von 74 auf 59. Große Aus-
stände waren nur in Frankreich zu verzeichnen. In
Saint-Etienne (Departement Loire) streikten gegen 10 000
Weber, und bald nach ihnen traten 6000 Bergleute in
Austland. In Danaburg (Rußland) streikten 90 jüdische
Arbeiter einer Zündholzfabrik; die Mehrheit der
Streikenden besteht aus Mädchen. In Gerao hat ein
Generalstreik in der Musikinstrumenten-Franche ge-
nommen, der von beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit
geführt wird; viele Fabrikanten verlegen ihre Betriebe
von Chicago hinweg auf platte Land, um sich dem Ein-
fluß der Arbeiterorganisationen zu entziehen. Eine große
Ausperrung droht den Steinbauern in Schweden. Die
Arbeitgeber weigern sich, die von den Arbeitern ver-
langte Lohnreduzierung vorzunehmen. Es kam daher in
einigen Betrieben zu Ausstand. Die Fabrikanten er-
klärten sich nunmehr solidarisch und stellen die Ausperrung
in Aussicht. Die Bewegung ist für Deutschland deswegen
wichtig, weil viele deutsche Großstädte einen großen Teil
ihrer Fabrikanten von den in Betracht kommenden
Arbeitsorten beziehen.

Das sozialpolitische Herz der Salkener Stadt-
verordneten wurde am 22. Januar wieder ein-
mal glänzend. Die Schlicht- und Zündholzarbeiter er-
suchten schon früher in einer Petition um eine Erhöhung

ihres recht künftigen Wochenlohnes. Das Schlachthof-Kuratorium erkannte die Nothwendigkeit einer Lohn-erhöhung auch an und bewilligte eine Zulage von 1,50 Mk. pro Woche. Der Wochenlohn beträgt jetzt mit des Zuschlages 17,40 Mk., also kaum so viel, um auch nur die allerbüchsigste Existenz zu sichern. Die ganze Mehrausgabe ob dieser Lohnzulage beträgt kumpf-435 Mk. Der sozialdemokratische Abgeordnete Albrecht stellte nun in der geistigen Sitzung den Antrag, von Schlachthofarbeiter pro Tag weitere 25 Pf. zu ge-währen, so daß der Wochenlohn 18,90 Mk. beträgt. Albrecht begründete seinen Antrag ausführlich und das Endergebnis war — Ablehnung. Keine einzige Stimme außer die der beiden Sozialdemokraten erhob sich für den Antrag; der liberale Schmidt stimmte genau so dagegen wie der konservative Verbe. Ein Schauspiel für Wörrer! Was würden die Herren sagen, wenn sie nur eine einzige Woche mit 18,90 auskommen sollen, eine Summe, die so mancher Unternehmer zum Frühstück braucht. Und der ganze Spaß des Albrecht'schen Antrages kostete 435 Mk. Was ist das gegen den 4000 Mk. Schmaus oder gegen die 1000 Mk. des Herrn Poller oder gegen den 1000 Mk.-Nennpreis. Wir erkennen gern die Erhöhung seitens des Kuratoriums an, aber das war zu wenig. Was läßt sich mit 17,40 anfangen; und dazu eine Arbeit, die recht wenig angenehm ist. Die 870 Mark, die man nach Annahme des Antrages Albrecht den Arbeitern zugewandt hätte, wären wirklich einmal recht vernünftig angewandt gewesen. Nun, die jüdischen Arbeiter werden sich die Haltung des Kollegiums merken und werden sich thun, sich weniger auf das jüdische Kollegium, als auf ihre Organisation zu verlassen. Auch der letzte jüdische Arbeiter muß hinein in die Organisation der Gemeindegemeinschaft, und dann erst sind die jüdischen Arbeiter im Stande, sich eine Lohn-erhöhung zu erkämpfen, die ihnen jetzt nur als Gnadenbrot gewährt wird. Dann erst sind sie nicht mehr auf die Gnade und Barmherzigkeit des Stadiparlaments angewiesen. Sie werden nicht mehr bitten, sondern ein-fach fordern.

Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter führt zur Aufhebung der politischen, nationalen und religiösen Gegensätze unter den Proletariats, das haben die „neuen Männer“ in der Gewerkschaftsbewegung schon oft be-hauptet und der gegenwärtige große Streik der Bergleute in Böhmen bestätigt jene Annahme vollkommen. Wie wäre es auch möglich, daß nahezu Hunderttausend Proletarier in einem solchen Kampfe etwas erringen konnten, wenn sie sich durch andere Fragen zerplittern wollten. In einem Streitbericht der bürgerlichen Blätter finden wir folgende von den Arbeiterblättern behängte Bemerkungen:

Die unter der Arbeiterchaft bestehenden politischen und nationalen Gegensätze hat der Streik ganz aus-gelöscht. Sozialdemokraten arbeiten einträchtig zusammen mit Christlich-Sozialen, christlich-nationale Arbeiter mit deutsch-radikalen. Die sozialdemokratischen Führer waren anfänglich gegen den Streik, haben sich aber, nachdem derselbe ausgebrochen war, gänzlich der Bewegung be-mächtigt. Die Zentral-Streitkomitee in den einzelnen Territorien stehen fast unter sozialdemokratischem Einfluß. Im Leptiger Revier weiten gegenwärtig zu Agitations-zwecken die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Keller und Schramm, im Zalkener Bezirk Abgeordneter Dr. Verkauf, in Schölar Abgeordneter Kieseewetter, in Radon-Schlan Abgeordneter Steiner, in Wladisch-Litrau die Abgeordneten Dapuzinski und Werner, in Pilsen Ab-geordneter Wradin. Ebenso sind überall Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschafts-Kommissionen aus Wien und Prag in Thätigkeit.

Es wird der einzig richtige Weg in Gewerkschafts-leben, den in Deutschland zuerst die Buchdrucker, dann die Bergleute unter vielen Anwendungen beschritten, allmählich als der beste anerkannt von den neuesten Parteigenossen.

(Breslauer Volkswacht.)

Die billige Gasanbahn der Welt, das Natur-gasfeld in Jolana, welches seit 13 Jahren die um-liegenden Städte und Dörfer solesent mit Heiz- und Leuchtgas versorgt, wird in Kürze ihren Betrieb einstellen müssen. Die vor Kurzem im Auftrag der Staats-angehörigen eingehenden Untersuchungen eines Geologen haben nach einer uns zugewandenen diesbezüglichen Mitteilung des Patent- und technischen Bureaus von Richard Vöcker in Wörlitz ergeben, daß der Gasdruck in bedeutendem Abnehmen begriffen ist, und von den ursprünglich vor-handenen Vorkommen sind in letzter Zeit nur noch 2600 in Betrieb, und auch diese Anzahl verringert sich noch von Monat zu Monat. Der Preis des Gases, der anfangs lediglich durch die Anlagekosten bedingt wurde, hat sich in den letzten 10 Jahren bereits verdoppelt. Die schnelle Ab-nahme d. Gasproduktion macht sich um so störender bemerkbar, als die Rentabilität eines großen Theils industrieller Anlagen auf dem billigen Gaspreis be-gründet ist.

Literarisches.

Die **Sozialistischen Monatshefte** (Verlag Berlin W. Gleditschstr. 23) haben ihr Heftenthalten erscheinen lassen. In demselben wird die Kritikreihe über den „Stand der sozialistischen Bewegung“ in den einzelnen Kulturstaaten, die in näheren Zeiten bereits in Einzeldarstellungen den Sozialismus in Dänemark, England, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Polen, Luxemburg, Rußland, Spanien und Ungarn behandelt hatte, fortgesetzt durch eine Studie über den „Sozialismus in Finnland“ von Dr. Vilho Robert J. Ulfst. Aus dem sonstigen Inhalt heben wir her-vor: Friedrich L.: Feudalismus und bürgerliches Eigen-thum. George Sorel: Liber die kapitalistische Konzentra-tion. — Dr. Ernst Wütrich: Die Soziologie des Vermögens. — Augustin: Skizzen aus der sozialpolitischen Literatur

und Bewegung. 2. Brentano über Cobden und Flotten-politik. Dr. Janag Jodel: Die Berliner Medizinisch-Gesellschaft und die weiblichen Ärzte. — Dr. Ludwig Mann: Soziale Betrachtungen im Anschluß an Josias Froude's. Handbuch: Dessen:liches Leben. Wissenschaft. Revuen.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf. pro Quartal 1,50 Mk.

Für Gewerkschaftsmitglieder ist der Abonnements-preis von 1,50 Mk. auf 1 Mk. ermäßigt. Zu beziehen nur vom Verlag Berlin W., Gleditschstr. 23.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

hat, entsprechend den Beschlüssen des letzten Gewerkschafts-tages, die Redaktionsstelle am „Korrespondenzblatt“ ausgeschrieben, wie wir bereits kürzlich mittheilten.

Der Redakteur soll namentlich folgende Dinge be-handeln: eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften, über die Streitbewegung, über die innere Einrichtung und Verwaltung der verschiedenen Organisationen, über wichtige Diskussionen in den Fachblättern, besondere Eigenbüchlichkeiten einzelner Berufe und deren Einwir-kung auf die Organisation, Auszüge aus den regel-mäßigen Abrechnungen der einzelnen Verbände, Berichte über die Geschäftsverläufe, über die Unternehmer-Organisa-tion, über wichtige Prozesse u. dergleichen. Ferner soll das in den amtlichen Publikationen des Reiches, der Einzel-staaten und Gemeinden (als Statist. des deutschen Reiches, Jahresberichte der Fabrik-Inspektoren, der statistischen Landes- und städtischen Ämter), in den Be-richten der Handels- und Gewerbeämtern, der Ver-sicherungsbehörden, Krankenkassen u. dergleichen, sowie in Zeit-schriften und sonstigen Druckwerken sich immer mehr anhäufendes Materials Material für die Gewerkschafts-bewegung nutzbar gemacht und im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht werden.

Wie aus dem Vorstehenden wohl zur Genüge her-vorgeht, werden an den Redakteur ganz erhebliche An-forderungen gestellt und kann unserer Ansicht nach nur eine hervorragend befähigte Person diesen Posten be-fulden.

Die Generalkommission hat nun für denselben ein jährliches Gehalt von 2400 Mk. ausgeschrieben. Wir meinen, daß für eine solche Summe eine wirklich tüchtige Kraft, die alle die fraglichen Gebiete sachgemäß beherrscht, nicht zu bekommen sein wird.

Man hätte veruchen sollen, einen Schippel, Quard, oder eine andere bedeutende Person für diesen Posten zu gewinnen; die werden wahrscheinlich aber für ein solches Gehalt nicht zu haben sein. Am „Vorwärts“ und „Ech-o“ bekommen ja bald die Hausdiener dasselbe Gehalt. — Die Folge dieser leider fast in der ganzen Gewerkschafts-bewegung herrschenden Kauflust ist die, daß sie sich mit d. n. minimalsten Kräften zufriedener geben muß, während die hervorragend tüchtigen Kräfte auf anderen Gebieten eine bessere Existenz finden. Daher ist auch der Einfluß der d. n. Gewerkschaftsbewegung gleich Null. — Die Generalkommission hätte als Zentralstelle mit gutem Beispiel voranzugehen und eine tüchtige Kraft für den neu geschaffenen Posten gewinnen sollen. Daß sie dieses nicht gethan hat, ist sehr zu bedauern.

An die Mitglieder der Filiale, Berlin IV.

Der Vorstand der Filiale Berlin IV steht mit Be-dauern, daß die Mitglieder so wenig die Versammlungen besuchen. Es ist traurig daß die Mitglieder immer noch kein Interesse für den Inhalt der Versammlungen zeigen. In den Versammlungen könnten interessante verschiedene Inhalts gehalten werden, als da sind: Ueber Volksgelunden, Volksernährung, Kranken- und Invalidenversicherung, Ueber Mißbrauch des Alkoholgenusses u. s. w. Es würde dem Vorstand nicht schwer fallen, geeignete Referenten hierfür zu finden. Das geistige und sittliche Niveau würde bei den Kollegen sehr gehoben werden, auch würde die Kollegialität ge-fördert werden. Da aber sämtliche Mittel, die Kollegen zum Besuch der Versammlung zu bewegen, schlagelassen sind, so gar die Verteilung von Handzetteln nicht ge-rüchert hat, so sieht sich der Vorstand genöthigt, die Mitglieder auf diesem Wege an ihre Pflichten zu erinnern. Auch leben wir in der Hoffnung, daß diese Stellen einen Wiederhall bei den Kollegen finden werden.

Briefkasten.

H. im S. Ein großer Theil der eingefandener He-richte, Notizen u. muß hier stets umgearbeitet werden, da sie aus stilistischen und anderen Gründen sich für den Druck eignen. Umarbeitung erfordert Zeit, so daß wir dieselben oft für die nächste Nummer zurück-lassen müssen, da wir auch noch andere Arbeiten zu erledigen haben.

Die Redaktion.

Versammlungs-Anzeiger.

Mittheilung, die Ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Werbe-zettel können nur ausnahmsweise veröffentlicht werden.

Berlin I. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 16. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin II. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 16. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin III. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 16. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin IV. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin V. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 15. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin VI. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin VII. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 15. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin VIII. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin IX. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 15. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin X. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin XI. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 15. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin XII. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin XIII. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 15. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin XIV. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Berlin XV. (Mittel-Altstadt) Sonntag nach dem 15. jeden Monats, Abends 8 Uhr, Abends 7 Uhr.

Für die Filialen-Vorstände. Dieser Zeitungsbewegung liegen die Nummern 4, 6, 8 und 7 des „Korrespondenzblattes“ bei.

Berlin, Filiale VI. (Katernen-Anländer.)

Der Schriftführer Bernhard Wagner wohnt vom 1. März ab Eisenackerstr. 64, vorn part.

Der Vorstand.

Achtung! Mitglieder der Filiale Berlin VI. (Katernen-Anländer.)

Donnerstag, den 1. März cr., Form. 10 Uhr:

General-Versammlung

bei Steinhof, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung: 1. Welche Anträge stellt unsere Filiale zur General-Versammlung des Verbandes. 2. Wahl eines Vergütungskomitees. 3. Verschiedenes. Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber und im Interesse des Verbandes ist es Pflicht eines jeden Mit-gliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: B. Wagner.

Rathschläge

allen Organisations- und Agitations-Fragen ertheilt jederzeit die **Geschäftsstelle des Verbandes** (Adresse Dr. Voersch) Berlin, Gleditschstraße 49. Sprechstunde von 9—1 Uhr Vormittags.

10.500 Abbildungen.

Mehr als 147.100 Artikel u. Verweisungen.

Volständig liegt vor in 6, neubereiteter und vermehrter Auflage:

7 Bände in Halb- oder ganzleinen, 10 Mk.

Meyers KONVERSATIONS-LEXIKON

Probefreie und Prospekt gratis an-jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.

Mit 1008 Bildtafeln u. Kartenbeilagen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Voersch, Berlin, Gleditschstr. 49. Druck von Maurer & Pimmich, S. Posten-allee 11.